

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Schmorl
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Druck: Rudolf Schmorl
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Redaktion: Rudolf Schmorl
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 21 / Amalienstraße 8/10



Eisbomben für 8-10 Personen 6 Mark
Bunte Platten in allen Preislagen

Gegen Tardieus Donaubund-Plan

Südslawien verweigert seine Zustimmung

Belgrad, 16. März. Das Blatt des Außenministers, die „Pravda“, berichtet aus Genf, daß der südslawische Außenminister Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslawien auf keinen Fall der Schaffung eines Donaubundes zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustimmen würde.

Südslawien sei auch gegen die Vorzugsloshandlungen Italiens mit Österreich und Ungarn. Für Südslawien sei es eine Lebensfrage, Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Es sei daher der Ansicht, daß der derzeitige Zustand günstiger sei, als wenn eine enge Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest bestünde. Zugleich berichtet die „Pravda“ über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei.

Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde. Es beständen in dieser Hinsicht noch immer dieselben Hindernisse, die seit zehn Jahren jeden Versuch einer Neuordnung der mitteleuropäischen Verhältnisse zum Scheitern gebracht hätten.

Auch die Tschechei nicht einverstanden

Prag, 16. März. In der Hauptversammlung der Zentralvereinigung der slowakischen Industrie erklärte Handelsminister Matousek, für eine wirtschaftliche Reorganisation Mitteleuropas werde die vorherige Zustimmung der interessierten Großmächte notwendig sein. Erst dann werde an einen Austausch der Anschauungen der unmittelbar beteiligten Staaten über die Formen der stufenweisen wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschritten werden können.

Der Generalsekretär des tschechoslowakischen Industriellenverbandes, Dr. Godoc, gab der Meinung Ausdruck, ein auf die Donaufaaten beschränktes Präferenzsystem könne weder eine Lösung des großen handelspolitischen Weltproblems, noch des europäischen, noch des tschechoslowakischen bedeuten. Das Donaubündnis werde große Schwierigkeiten an Agrarprodukten haben, für die in anderen Staaten Absatz gesucht werden müsse.

Kritische Betrachtungen des „Temps“

Paris, 16. März. „Temps“ beschäftigt sich heute nochmals mit dem Plan einer Donaubündnis. Das Blatt ist davon überzeugt, daß dieser Plan noch auf ernstem Widerstand stoßen werde, weil er gewissen politischen Bestrebungen zum Verhängnis werden würde.

Zwischen den fünf Staaten Mitteleuropas herrsche Wirren.

In gewissen englischen Kreisen würden Einwendungen wegen der möglichen Rückwirkung auf die englische Wirtschaft gemacht. Italien verweigere nicht freiwillig auf den Gedanken einer aktiven Beteiligung, und Deutschland könne sich nicht entschließen, anzuschließen, daß ohne seine Vor mundschaft ein wirtschaftlicher Donaubund entstehen, der seinem Traum von einem Mitteleuropa endgültig ein Ende bereiten würde. Nichtsdestoweniger sei der wirtschaftliche Zusammenschluß der mitteleuropäischen Länder absolut notwendig, wenn man Österreich und Ungarn vor einer Katastrophe retten wolle.

Der Genfer Korrespondent des „Temps“ berichtet, daß Tardieu sich ihm gegenüber günstig über das deutsche Memorandum zur Donaufrage geäußert habe. Die Verhandlungen mit Italien würden Anfang kommender Woche in Paris wieder aufgenommen werden.

Preußen im Brennpunkt

Die Augen Deutschlands sind wieder einmal auf Preußen gerichtet. Denn dort fällt am 24. April eine Entscheidung, die bedeutsam für ganz Deutschland sein wird. Der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. April hat demgegenüber nur formale Bedeutung. Da in ihm derjenige Kandidat siegt, der die einfache Mehrheit auf sich vereinigen kann, wie die Stimmverhältnisse im ersten Wahlgang nun einmal liegen, darüber kein Zweifel sein, daß der jetzige Reichspräsident v. Hindenburg mit einem bedeutenden Vorsprung gewählt wird. Es hat sich gezeigt, daß das deutsche Volk in der Reichspräsidentenwahl keine parteipolitische, sondern eine Persönlichkeitsfrage sieht. An dieser Tatsache vermag der zweite Wahlgang nichts zu ändern. Da Wahlen nun einmal erhebliche Geldmittel verlangen, wäre es besser, die Parteigruppen würden zusammen mit der Reichsregierung einen Ausweg finden, der den überflüssigen zweiten Gang zur Urne unnötig machen würde. Die Wähler würden dann am 24. April, dem Grobkampftag in Preußen, aber auch in Bayern, Württemberg und Anhalt, hinreichend ausgerüstet zur Abstimmung kommen. Wartet man ihnen dagegen vierzehn Tage vorher eine Abstimmung ab, die viele von ihnen mit Recht für überflüssig halten, so werden nicht wenige am eigentlichen Entscheidungstage über das politische Schicksal unseres Volkes nachsinnend sein und verzögert zu Hause bleiben.

Das aber ist unter allen Umständen zu vermeiden. Dafür wird man auch im Lager der nationalen Opposition bei sachlicher Prüfung der Tatsachen Verständnis haben. Sie hat im ersten Wahlgang durchaus erfolgreich abgesehen. Ihr Kampf galt ja nicht der auch von ihr verehrten Persönlichkeit Hindenburgs, sondern der schwarz-roten Parteiherrschaft, die sich im Reichspräsidentenbrüning für das Reich und im Ministerpräsidenten Braun für Preußen verkörpert. Sie haben die Genugtuung, daß in der Tat eine, wenn auch knappe, Mehrheit gegen das System erreicht wurde. Dabei würde auch die Linke im Ernst nicht zu leugnen wagen, daß — wie das Neckenburger Wahlergebnis ja auch schlagend bewiesen hat — bei politischen Wahlen mit klaren Fronten ein erheblicher Teil derer, die der Persönlichkeit des Reichspräsidenten ihre Stimme gaben, nicht für, sondern gegen die heimliche schwarz-rote Koalition stimmen würden.

Das gilt besonders von Preußen, denn hier sind die politischen Fronten von unerreichter Klarheit. Seit dem Umsturz herrscht hier die Weimarer Koalition, die in fast allen anderen Teilen des Reiches schon längst der Vergangenheit angehört. Sozialdemokratie, Zentrum und Staatspartei teilen sich in die Nacht. Schon 1928, bei den letzten preußischen Wahlen, knisterte es im Gedränge dieser Koalition. Mit Ach und Krach wurden die wenigen Stimmen Mehrheit erreicht, aber die die Regierung Braun noch im Preußenparlament verlagert. Wenn Braun trotzdem in Preußen ein unerhörtes hartes und namentlich gegen rechts brutales Regiment ausüben konnte, so deshalb, weil unter seinem Einfluß die Sozialdemokratie im Reich die Widerstandskabinete Brüning, dessen Notverordnungen sie zuerst ablehnte, nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 in der Sorge vor der nationalen Opposition bis zur völligen Selbstverleugnung tolerierte. Der Kaufpreis für die Zentrumsherrschaft im Reich war die restlose Auslieferung Preußens durch das Zentrum an die Sozialdemokratie. Das Zentrum konnte sich, obwohl es doch schließlich eine bürgerliche Partei ist, dieses Spiel der Auslieferung Preußens an den Marxismus, das jede andere Partei ruiniert hätte, leisten, weil es, im Gegenstoß zu allen übrigen Gruppen, nicht von politischen, wirtschaftlichen oder nationalen Ideen, sondern von konfessionellen Grundfragen geleitet wird, die so beherrschend sind, daß sich die Parteileitung jede Politik leisten kann, ohne Gefahr zu laufen, ihre Wähler einzubüßen. Es wird jedoch interessant sein, zu erfahren, wie die großen Massen der preußischen Wähler, die nicht an das Zentrum gebunden sind, darüber denken. Denn die Folge war natürlich, daß sich die Sozialdemokratie für die Abwehr des Reiches im Reich, in der ihr namentlich durch den Druck der nationalen Opposition nichts erspart blieb, vom Vanzerkreuzer B angefangen bis zur Wahl des ihr im Innersten fremden Reichspräsidenten, in Preußen nach Kräften zu rächen versuchte. So kam es zu jenem autokratischen Regiment des Herrn Braun, das ihm den Titel des roten Jaren aller Preußen eintrug. Das Zentrum schloß dazu, und die Staatspartei war längst so sehr die Gefangene des Vanzerkreuzers geworden und auch ziffernmäßig im Lande so sehr zusammengeschmol-

Keine neuen Gebührensenkungen der Post

Der Postetat für 1932

Berlin, 16. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost ist in Berlin zu einer mehrwöchigen Sitzung zusammengetreten, die zunächst der Beratung des Postetats für 1932 gewidmet war. Reichspostminister Dr. Schädel, der den Etat einbrachte, erklärte, wenn auch die Finanzlage der Post infolge der rückläufigen Betriebsentwicklung sehr angespannt sei, sei doch das Fundament der Post gesund.

Sie verfüge bei einem Gesamtvermögen von 2,5 Milliarden lediglich über eine Schuldenquote von 500 Millionen.

Der Voranschlag für 1932 sieht in Einnahme und Ausgabe mit rund 1,8 Milliarden Mark ab gegenüber 2,2 Milliarden im Vorjahre. Auch der Vorjahrsetat war aber durch nachträgliche Kürzungen schon auf 2 Milliarden herabgesetzt worden. Die Abfertigung an das Reich ist mit 200 Millionen vorgesehen. Zur Deckung des Defizits muß erstmalig die Rücklage in Angriff genommen werden, und zwar zunächst mit 40 Millionen. Die Ausgaben müssen auf allen Gebieten weiter eingeschränkt werden. Die Mittel für Neuanlagen im Fernsprechnetz sind dabei von 114 auf 62 Millionen gekürzt worden. Die Ausgaben für Bauten sind auf etwa 80 Millionen gegen 70 Millionen im Vorjahre herabgesetzt.

In der Aussprache spielten auch die in der Öffentlichkeit laut gewordenen Wünsche auf eine Senkung der Fernspregegebühren, namentlich der Telefon- und Rundfunkgebühren, eine Rolle. Der Postminister gab die strikte Erklärung ab,

daß angesichts der Finanzlage der Reichspost weitere Gebührensenkungen untragbar seien.

Dieser Auffassung schloß sich die Mehrheit des Verwaltungsrates an. Mit der Spezialfrage der Rundfunkgebühren wird sich der Verwaltungsrat noch am Donnerstag beschäftigen. Auch hier ist aber keine Gebührensenkung zu erwarten, zumal die Bestimmungen über die Gebührensregelung für Erwerbstätige schon sehr liberal gehandhabt werden.

Der Verwaltungsrat befahte sich dann mit den Abfindungsverträgen, die mit Bayern und Württemberg wegen der Ueberlassung der Posteinrichtungen der Länder an die Deutsche Reichspost abgeschlossen werden sollen. Es kam zur Annahme eines Kompromisses. Danach ermächtigt der Verwaltungsrat die Reichspost, ohne an der Reichslage selbst Stellung zu nehmen, die für 1932 nach dem Geleitvertrag der Reichsregierung vorgesehenen Beiträge für Bayern und Württemberg dem Reich darlehensweise zur Verfügung zu stellen.

Deutscher Schritt wegen Memel in London

London, 16. März. Der deutsche Botschafter in London hat von den Berliner Stellen Anweisung erhalten, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die erste Lage zu lenken, die durch die Ereignisse im Memelland entstanden ist. Schon am Anfang der Woche hat ein Vertreter der Botschaft deswegen im Außenamt vorgesprochen. Man erwartet nun, daß der deutsche Gesandtschaftsrat Graf Bernstorff am Donnerstag die leitenden Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit sprechen wird.

Steinwürfe gegen das litauische Generalkonsulat

Berlin, 16. März. Wegen des Gebäudes des Generalkonsulats in Litauen warfen heute drei junge Burken einige Steine. Eine Fensterhebe wurde zertrümmert. Einer der Täter wurde festgenommen. Die Täter hatten zuvor mehrere Berliner Zeitungsredaktionen angegriffen und ihnen mitgeteilt, daß drei Mitglieder der zionistischen Straßengruppe ein Attentat auf das litauische Generalkonsulat begehen würden.

Su lebenslänglichem Gefängnis verurteilt

Barren (Ohio), 16. März. Dorell und Gararave, die den Sohn des Unternehmers James de Yule auf seinem Wege zur Schule an demselben Tage entführten, an dem Lindberghs Kind geraubt wurde, sind zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden.

Die Protestnote in Rowno überreicht

Genf, 16. März. Die angekündigte Note der Signatarmächte ist, wie von beteiligter Seite verlautet, heute nachmittag in Rowno durch einen kollektiven Schritt der Mächte überreicht worden.